

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 2a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 265 B

BERLIN • Donnerstag, den 10. November 1932

1. JAHRGANG

Terror der Klassenrichter

Die Aufstände in Jugoslawien.

Von Hilde Meisel.

In welchem Maße sich die öfter erwähnten Aufstände in Jugoslawien bemerkbar machen, und der eigentliche Grund für sie ist außerhalb der Grenzen Jugoslawiens ziemlich unbekannt. Bekannt ist, daß die kroatische Bauernbewegung mit diesen Aufständen wieder ans Licht getreten ist.

Diese kroatische Bauernbewegung hat kurz nach Gründung des jugoslawischen Königreiches begonnen. Die Kroaten, die früher zu Oesterreich-Ungarn gehörten, waren am Ende des Krieges begeistert, mit Serben und Slowenen vereinigt zu werden. Während der ersten zwei Jahre des neuen Königreiches war auch steser der kroatische Führer Trumbitsch in der Regierung. In den dann folgenden Regierungen schwand der kroatische Einfluß in den Regierungen — die durchschnittlich dreimal im Jahre wechselten — mehr und mehr.

An Reibungsflächen fehlte es nicht: Die Kroaten sind ein altes Kulturvolk, das sich nach Lebensweise und Charakter sehr von den Serben unterscheidet. Ueberdies sind die Kroaten römisch-katholisch, während in Serbien die griechisch-katholische Kirche starken Einfluß hat. Die Kirchen werden das Ihrige getan haben, um die Gegensätze zwischen den beiden Völkern zu schüren, damit keine von ihnen an Einfluß verliert. Die Politik der serbischen Generäle, die von Belgrad aus das Land regierten, gab den Gegnern des serbischen Regimes reichliches Agitationsmaterial.

Während der ersten Periode ihres Kampfes beteiligten sich die Kroaten nicht an den Wahlen. Sie änderten dann diese Taktik, unter der Führung von Stephan Raditsch, und erzielten im Jahre 1925 einen erheblichen Wahlerfolg. Raditsch trat in die Regierung ein, zog sich aber im Verlauf einer der sechs Regierungskrisen, die zwischen dem Februar 1926 und dem Februar des darauffolgenden Jahres stattfanden, zurück. Da einige Mitglieder seiner Partei in der Regierung blieben, wurde die Partei gespalten. Raditsch wies ein Ersuchen des Königs, selber eine Regierung zu bilden, zurück.

Nach dieser Zeit wurde der Kampf der Regierung und ihrer Hintermänner gegen die kroatische Bauernbewegung rein faschistisch geführt. Auf führende Kroaten wurden Bombenattentate verübt; Anfang 1928 wurden drei kroatische Führer durch ein Attentat getötet, und Raditsch sowie einige andere Führer wurden schwer verletzt. Einige Monate später starb Raditsch.

Daraufhin wurde die Stimmung unter den kroatischen Bauern für die Regierung gefährlich.

Am 6. Januar 1929 erklärte der König von Jugoslawien seinem „teuren Volk“, daß „der Augenblick gekommen“ sei, „wo es zwischen Volk und König keinerlei Vermittler mehr geben kann, noch darf“ und „mächte sich zum Diktator“. Sämtliche Parteien, Religionsgesellschaften und regionalen Vereinigungen wurden aufgelöst; das war angeblich zum Schutz des Staates nötig. Es wurden auch mehrere Prozesse gegen kroatische Führer geführt und insgesamt fünf Todesurteile gegen sie gefällt.

Im Jahre 1931 wurde General Schiwkowsch, der unter der Diktatur Ministerpräsident war, vom König ebenso autoritär abgesetzt, wie er vorher eingesetzt worden war. Der König trat wieder vor sein Volk und erklärte diesem, daß ein konstitutionelles Staatssystem eingeführt werden würde. Daß der Diktator von gestern nicht über Nacht zum Demokraten geworden ist, dessen ganzes Bestreben auf die Erlangung des Vertrauensvotums auf Grund einer freien, allgemeiner und mit allen anderen notwendigen Adjektiven ausgestatteten Wahl gerichtet ist, läßt sich denken. Er hat denn auch seine getreuen Anhänger mit der Einführung des konstitutionellen Systems beauftragt. Obwohl die Männer, die die Regierung bilden, inzwischen einige Male gewechselt haben, ist der Grundsatz der Auswahl der gleiche geblieben.

Wenn der König auch nicht zum Demokraten geworden ist, so hätte er doch gewichtige Gründe für die Abschaffung der Diktatur: Die Verfassung, die er dem Volk vorlegte, sollte nämlich als Sicherheit für eine französische Anleihe dienen, da englische und französische Kapitalisten Diktatoren oft als unsichere Gläubiger betrachten. Um gleichzeitig aber die Sicherheit im Inneren nicht zu gefährden, fordert die Verfassung, daß die Hälfte der Mitglieder des Senats vom König gewählt werden soll; das Unterhaus,

Gemeinschaftlicher Hausfriedensbruch durch Nazis ist — Notwehr.

Es häufen sich die Fälle, in denen Richter mit dem Hakenkreuz im Kopfe ohne Anwendung der Terror-Notverordnung Arbeiter zu den hohen Strafen dieser Verordnung verurteilen. Und mit welchen Beweismitteln!

Das Schwurgericht Greifswald verurteilte am Dienstag fünf Arbeiter zu folgenden Zuchthausstrafen:

Behrens und Peters zu je zehn, Simsch zu acht, Dresse zu sechs und Tennert zu fünf Jahren. Außerdem erhielten zehn Arbeiter Gefängnisstrafen von 3 bis 18 Monaten.

Der Vorfall: Am 17. Juli (dem Altonaer Blutsonntag, einem der schlimmsten nationalsozialistischen Terrortage dieses Sommers also) haben Nazis Arbeiter-Wohnbaracken in Greifswald gestürmt. Dabei sind drei SA-Leute erschossen worden. Daß die Nazis die Baracken gestürmt haben, ist vom Gericht festgestellt worden. Der Staatsanwalt meint aber, dieser Sturm sei in Notwehr erfolgt, denn — so behauptet er — es sei vom Hof der Baracken her geschossen worden. (Komunisten sollten einmal eine solche „Notwehr“ wagen.) Der SS-Mann, der den Sturm auf die Baracken geleitet haben soll, ist geflohen und von der Polizei nicht aufgefunden worden — eine Tatsache, die gewisse Schlüsse darüber zuläßt, wie er selber seine „Notwehr“ beurteilt.

Das Gericht hat den Einwohnern der Baracken keine Notwehr zugebilligt. Es hat sich offenbar bemüht, für drei Nazis Rache zu liefern; sonst hätte das Argument des Staatsanwalts keinen Sinn, daß das Blut auf Seiten der Nazis geflossen sei. Das beweist doch

für die Schuld rein nichts. Um das hochgeschraubte Maß der Strafen richtig zu bewerten, muß man berücksichtigen, daß keine Verurteilung wegen Totschlags erfolgen konnte, sondern nur wegen Landfriedensbruchs und Körperverletzung.

Ein Fall anderer Art: Vor einiger Zeit — die Terror-Notverordnung war bereits (wenigstens gegen links) in Geltung — waren zwei SS-Leute in die Geschäftsstelle der Schweriner SP-Zeitung „eingedrungen“ (Ausdruck des Gerichts); der Geschäftsführer hatte sie aufgefordert, das Haus zu verlassen; sie aber rissen ein Plakat mit einer Goebbels-Karikatur ab.

Wer aus politischen Beweggründen einen Hausfriedensbruch gemeinschaftlich mit einem anderen begeht, soll nach der Notverordnung mit Zuchthaus bestraft werden. Es erfolgte auch eine Anklage deswegen, und der Staatsanwalt beantragte die Mindeststrafe von je einem Jahr Zuchthaus.

Das Gericht aber kam zu einem Freispruch: die Angeklagten hätten ihrem Führer Goebbels Nothilfe geleistet, also in Notwehr gehandelt.

Selbstzeugnis deutscher Gerichte, zusammengefaßt in drei Punkten: 1. Die Bewohner der gestürzten Baracken handelten nicht in Notwehr. 2. Die Stürmer auf die Baracken „handelten in Notwehr“. 3. Nazis, die in eine Zeitungsgeschäftsstelle eindringen, um dort zu demolieren, was an Anti-Nazi-Propaganda ihnen nicht gefällt, handeln in Notwehr.

Maßregelungen bei der BVG.

2500 Arbeiter entlassen!

Schon in dem Ultimatum zwecks Wiederaufnahme der Arbeit war von der BVG-Direktion mit Entlassungen gedroht worden. Am Montag wurden dann 1000 Arbeitern die Entlassungspapiere zugestellt. Inzwischen wurden weitere 1000 Mann vom Fahrpersonal und fünf-

hundert Werkstättenarbeiter entlassen. Es wird berichtet, daß die Entlassungen nach einseitig politischen Gesichtspunkten erfolgen. Unter den Entlassenen befinden sich angeblich auch 200 im Gesamtverband Organisierte. Die Direktoren der BVG, Zangemeister, Lüttke und Quarg, sind deutschnational!

das nur sehr beschränkte Befugnisse hat, wird in nicht-geheimer Wahl und auf etwas komplizierte Art gewählt. Praktisch sind die Wahlen vom 29. September 1931 so ausgefallen, daß nur für die Regierung gestimmt wurde, während die Oppositionsparteien sich der Stimme enthielten. In der Verfassung werden auch die bürgerlichen Freiheitsrechte — z. B. Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit u. s. w. — verbrieft; sie treten aber erst in Kraft, wenn die gegen teiligen Gesetze, die unter der Diktatur erlassen wurden, aufgehoben worden sind!

In einer Hinsicht unterscheidet sich die jetzige Regierungspolitik jedoch von der der Diktatur: ihre Haltung gegenüber den nationalen Minderheiten ist jetzt weniger unnachgiebig. Die Kroaten fordern immer dringender die Unabhängigkeit von Belgrad, und es fällt den regierungstreuen Truppen nicht leicht, die häufigen Bauernaufstände in Kroatien zu unterdrücken. Was schwerer wiegt: die Kroaten scheinen in gewissem Maße die Sympathie der englischen Regierung zu genießen, die kürzlich behauptete, die Kroaten seien keine Minderheit, sondern ein selbständiges Volk, das einen Staat für sich bilden sollte. In manchen Kreisen wird angenommen, daß die italienfreundliche Haltung, die Herriot seit kurzem eingenommen hat, auf Kosten Jugoslawiens unterbaut werden soll. Es ist doch gerade die Festlegung der jugoslawisch-italienischen Grenze, wo sich Italien seit 1918 besonders benachteiligt vorkommt. Wenn Kroatien einmal von Jugoslawien losgelöst — auch nicht Italien angegliedert werden würde, so würde es doch vielleicht — ähnlich Albanien — als selbständiger Staat unter die Vormundschaft Italiens gestellt werden können.

Um den Westmächten den Vorwand zu einer Unterstützung der kroatischen Bewegung zu nehmen, hat sich die jugoslawische Regierung anscheinend entschlossen, sich mit den Kroaten auf gutlichem Wege zu einigen: ihr Plan besteht in der Aufteilung Jugoslawiens in fünf Länder, Banate genannt, denen je ein Präsident, der „Banus“, vorsteht. Jeder Banus hätte Ministerrang in der Zentralregierung. Diese wäre nur noch für das Militär, die Außenpolitik, das Verkehrswesen zuständig, und hätte als Einnahmequelle Zölle, Monopole und Konsumsteuern. Direkte Steuern, Forsten, Staatsbetriebe u. s. w. würden dagegen den Banaten zufallen.

Es ist vorläufig noch ungewiß, ob die verschiedenen Minderheiten sich mit den Serben auf die Abgrenzung der Banate einigen könnten. Selbst wenn ihnen das gelingt, ist es noch unsicher, ob die kroatischen Führer sich auf den Plan der Regierung einlassen werden. Auch innerhalb der Regierung herrscht vorläufig noch keine Einigkeit darüber, ob ein föderalistischer Staat überhaupt wünschenswert sei und ob er auf diese Art organisiert sein sollte. Der Rücktritt des Kabinetts Srschitch, der nur die Ausschiffung einiger Minister zur Folge hatte, war durch die innerhalb der Regierung herrschenden Meinungsverschiedenheiten über die kroatische Frage hervorgerufen worden.

Da die Machtkämpfe zwischen den europäischen Großmächten sich zum großen Teil auf dem Balkan abspielen und dieser sich im Zustand eines Pulverfasses befindet, das jeder Funken zum Explodieren bringen kann, müssen wir die weitere Entwicklung der innerpolitischen Lage in Jugoslawien und das außenpolitische Echo, das sie hervorruft, aufmerksam verfolgen.

Wahlsieg Roosevelts. Aufhebung der Prohibition?

Die am Dienstag abgehaltenen Präsidentenwahlen in den Vereinigten Staaten haben, wie zu erwarten war, einen Sieg Roosevelts gebracht. Von den 531 Wahlmännern, die am Dienstag gewählt wurden und die die Aufgabe haben, in zwei Monaten den Präsidenten zu bestimmen, sind schon nach unvollständigen Ergebnissen 302 Demokraten.

Im größten Teil des Landes sind die Wahlen ruhig verlaufen. Nur in Neu-Mexiko wurde der Belagerungszustand erklärt und die Wahllokale von Militär bewacht. Die Wahlbeteiligung betrug ungefähr 40 Prozent, was für amerikanische Verhältnisse viel ist.

Der Sieg Roosevelts bedeutet — wenn es nach den Wahlversprechungen geht — die Aufhebung der Prohibition in den Vereinigten Staaten. In Westerville (Ohio), wo der Prohibitionsgegner zuerst aufgekomen ist, wurden öffentliche Gebete für den Sieg der Prohibition abgehalten. Indessen haben diejenigen, die ein Interesse an der Abschaffung des Schimmers von Kultur, den die Prohibition bedeutet, haben und erwarten, daß sich nicht Gott, sondern Roosevelt mit dieser Frage befaßt, bereits vor den Wahlen umfangreiche Vorbereitungen für die Legalisierung des Alkohols getroffen. In der Wahlnacht wurde in den Strafen New Yorks öffentlich Alkohol verkauft, während Strohputzen mit dem Gesicht Hoovers ver-

brannt wurden. Im ganzen Lande waren Cafés und Tanzdielen bis 5 Uhr morgens geöffnet, damit die Bevölkerung sofort die Wahlergebnisse erfahren konnte. Auch in Zügen, Schiffen und Luftschiffen waren Vorrichtungen für die sofortige Bekanntgabe der Funksprüche getroffen worden.

Präsident Hoover hat an Roosevelt telegraphiert: „Beglückwünsche Sie zur Gelegenheit, USA dienlich sein zu können und wünsche erfolgreichste Regierungszeit.“

Roosevelts voraussichtliche Ministerliste.

Der Washingtoner „Times“-Korrespondent bringt folgende mutmaßliche Ministerliste der Roosevelt-Regierung, die natürlich noch nicht amtlich bestätigt werden kann. Es werden genannt:

Staatssekretär des Außen: Newton Baker.
Staatssekretär des Schatzamtes: Alfred Smith oder Owen Young.
Kriegsminister: Albert Ritchie.
Marineminister: Mac Adoo.
Inneres: der frühere Senator Gilbert Hitchcock.
Landwirtschaft: Harry Byrd.
Arbeitsminister: Miss Frances Perkins.
Generalstaatsanwalt: Senator Thomas Walsh.
Generalpostmeister: James Farley.
Handelsminister: Evans Woollen oder Melvon Traylor.

Die Katholiken im Lande der weltlichen Schulen.

Frankreich ist wohl das einzige Land unter den kapitalistischen Großmächten, in dem die staatlichen Volksschulen völlig weltlich sind und also keinen Religionsunterricht irgend welcher Art erteilen.

Obwohl der katholischen Kirche so der Weg in die staatlichen Schulen verschlossen ist, steht auch in Frankreich noch ein Weg zur Beeinflussung der Jugend offen: sie kann private Volksschulen einrichten und tut dies natürlich so viel wie möglich. Es gelingt ihr am besten in denjenigen ländlichen Gebieten, in denen es viel Großgrundbesitz gibt und wo sie gemeinsam mit den Landherren einen Druck auf die Bevölkerung ausüben kann. Manchmal genügen Drohungen, die Eltern dazu zu bewegen, ihre Kinder nicht in die staatlichen, sondern in die katholischen Schulen zu schicken. Wo mehr nötig ist, machen es manchmal die Großgrundbesitzer, die oft Katholiken sind, ihren Pächtern zur Bedingung — in manchen Fällen ist das sogar in den Pachtvertrag mit aufgenommen worden —, ihre Kinder nicht in Staatsschulen zu schicken. Dasselbe kann bei Händlern, die ihre Kinder nicht in die Pfaffenschulen schicken, durch den Boykott erreicht werden. In der Vendée besuchen heute 25 830 Schüler die Staatsschulen, 31 807 die katholischen Schulen. Gegenüber dem Vorjahr hat die Gesamtschülerzahl um 3207 zugenommen; davon gehen 2314 in die katholischen und nur 893 in die weltlichen Schulen.

Diese für die Kirche günstige Entwicklung wird noch gefördert durch die Sparmaßnahmen, die in diesem Sommer von der Kammer beschlossen worden sind. Ohne Unterschied wird dadurch jedes Ministerium, also auch das Unterrichtsministerium, verpflichtet, seine Ausgaben um 5 Prozent zu senken. Um diese Maßnahme durchzuführen, hat der Unterrichtsminister nach den großen Klassen, und manchmal ganze Schulen, die schlecht besucht waren, geschlossen und entsprechend viele Lehrer abgebaut.

Einen besseren Dienst hätte die — antiklerikale — Regierung den Katholiken gar nicht leisten können. In Dörfern, wo die staatlichen Schulen schon bisher — dank der umsichtigen Tätigkeit der Katholiken und ihrer Helfershelfer — einen schweren Stand hatten, verschwinden sie nun zum Teil und überlassen den Pfaffen das Feld. In vielen Industrieorten, z. B. in den Vororten von Paris, in denen die Bevölkerung rasch wächst, sind die Klassen seit dem Schulbeginn im Oktober ungeheuer überfüllt. Klassen von 80 bis 100 Schülern sind keine Seltenheit mehr. Angesichts solcher Zustände ziehen es viele Eltern natürlich vor, ihre Kinder in katholische Schulen zu schicken. Die Katholiken profitieren

also davon, daß das Parlament sich scheut, an anderer Stelle, z. B. am Wehretat, etwas mehr zu sparen, um dafür den Schuletat erhalten zu können.

Nicht nur für die Volksschulen, sondern auch für die höheren Schulen mußten die Ausgaben beschnitten werden. In einer Reihe von Städten wurden die höheren Schulen kurzerhand völlig aufgehoben, weil die Zahl der Schüler zu gering war. Auch hier konnten die Katholiken erben, was sie nicht gesät: viele Eltern zogen es vor, ihre Kinder in die katholischen Schulen zu schicken, statt sie in Nachbarorte fahren zu lassen. In Caesal, einem kleinen Ort in der Nähe von Lille, beschloß die Stadtverwaltung einstimmig, wegen der Schließung der staatlichen höheren Schule die religiösen Orden zu ersuchen, in der Stadt eine katholische Schule zu errichten. Glücklicherweise genießen allerdings die katholischen höheren Schulen in Frankreich den Ruf, so schlecht zu sein, daß selbst Katholiken, die aus ihren Kindern etwas Ordentliches machen wollen, sie auf die — ketzerischen — Staatsschulen schicken!

Der Weg in die herrschende Klasse.

Noch eine andere Neuerung ist, neben den Sparmaßnahmen, in diesem Herbst in dem französischen Schulwesen eingeführt worden, die teils dem Wahlversprechen der Radikalen, teils ihren liberalen Grundsätzen zu verdanken ist: In die höheren Staatsschulen, deren untere Klassen gänzlich schulgeldfrei sind, können jetzt nur noch Kinder gelangen, die vorher eine Aufnahmeprüfung bestanden haben.

Diese Maßnahme ist ein zweischneidiges Schwert: Zwar hindert sie eine Anzahl unbegabter Kinder reicher Eltern daran, dank des Reichtums ihrer Eltern in Berufe wie die der Aerzte, Richter, Lehrer zu gelangen (da die privaten höheren Schulen im allgemeinen so schlecht sind, daß ihre Schüler selten die Anforderungen der staatlichen Examen erfüllen) und gibt damit begabten Arbeiterkindern den Weg zu einer Bildung frei, die sie sonst nicht erlangen würden. Aber sie ermöglicht ihnen eben damit den „Aufstieg“, was in der kapitalistischen Gesellschaft fast immer den Übergang der begabtesten Arbeiterkinder in die bürgerlichen Schichten, fort von der Arbeiterklasse und ihrem Kampf für Recht und Freiheit, bedeutet.

Gerhard Kumleben (Paris).

Der kommunistische Führer des englischen Hungermarsches, Wal Hannington, ist am Dienstag wegen Zersetzungsarbeit unter der Londoner Polizei zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Die bedrohte englische Luftfahrt

Die an der zivilen englischen Luftfahrt interessierten Kreise beginnen, Mac Donald mehr und mehr mit Mahnungen und Forderungen zu bestürmen, er solle dem französischen Plan nicht nachgeben, soweit dieser eine Beschränkung der Luftfahrt mit sich bringe.

Der konservative Abgeordnete Lord A. P. Kelly brachte am Dienstag im Unterhaus die Befürchtungen dieser Kreise vor. Er erinnerte an die bestehenden und noch geplanten Weltreichs-Luftlinien nach Indien, Südafrika, Australien und Kanada und fragte die Regierung, ob sie bereit sei, der zivilen Luftfahrt und den erwählten Luftlinien die erforderliche Bewegungsfreiheit zu sichern, eventuell durch die vollkommene Abtrennung der zivilen Luftfahrt von den englischen Streitkräften.

Die Regierung wich diesen Fragen aus — natürlich unter der freundlichen Anerkennung, daß sie sich der englischen Zivilluftfahrt annehmen werde. Aber Mac Donald erklärte, auf die Einzelheiten der Fragen und Vorschläge nicht eingehen zu können, bevor nicht die französischen Abrüstungsvorschläge zur Verhandlung ständen. Vorläufig habe er sie noch nicht einmal erhalten.

Mehrere große englische Luftfahrtverbände haben den Abgeordneten des Unterhauses eine Protestdenkschrift gestellt, in der sie sich gegen jede Beschränkung der Freiheit der englischen Luftfahrt wenden. Am Donnerstag wird im Unterhaus eine Abrüstungsaussprache stattfinden, in der alle derartigen Beschwerden zur Sprache kommen werden.

Ministerrat in Paris.

Am Dienstag erstattete Herriot dem Ministerrat Bericht über seine Spanien-Reise. Anscheinend war er mit ihrem Erfolg nicht in allen Punkten zufrieden; denn man beschloß, die französische Propaganda im Ausland aktiver zu gestalten, und erhöhte die zu diesem Zwecke angesetzten Mittel.

Gegen Verschiebung der Weltwirtschaftskonferenz.

Nachdem Vertreter Deutschlands und Englands bereits bei der Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses zur Weltwirtschaftskonferenz erklärt haben, daß die Konferenz sobald wie möglich stattfinden sollte, hat jetzt ein bekannter New Yorker Bankier, F. Stallforth, einen Aufruf erlassen, indem er die sofortige Einberufung der Konferenz fordert.

Japan rüstet gegen Amerika.

Der japanische Marineminister Okada erklärte der Presse, die japanische Regierung werde trotz der Wirtschaftskrise den Wiederaufbau der Flotte fortsetzen. Die Anwesenheit der amerikanischen Flotte im Stillen Ozean „reise die japanische Öffentlichkeit zu nutzlosen Demonstrationen“. Es sei daher eine Stärkung Japans im pazifischen Ozean notwendig.

SA und SS im Saargebiet verboten.

Die saarländische Regierungskommission hat eine Verordnung erlassen, derzufolge sämtliche militärischen Verbände der NSDAP sofort aufzulösen sind. Das Verbot ist auf ein am 2. November verbreitetes Flugblatt zurückzuführen, das scharfe Angriffe gegen die Regierungskommission enthielt, außerdem gegen das Pressegesetz verstieß.

Um die Verfassungsreform in Jugoslawien.

Die Führer der ehemaligen jugoslawischen Parlamenten verhandeln miteinander über einen Verfassungsentwurf, den sie dem König unterbreiten wollen. Auch der Führer der Kroaten, Dr. Matschek, nimmt daran teil.

Heldentodmöglichkeit für Generale.

Ein dreimotoriges bolivianisches Militärflugzeug ist im Gran-Chaco abgestürzt. Drei Generale und zehn andere Offiziere fanden dabei den Heldentod.

„Aerzte rufen zum Kampf.“

Unter diesem Titel gibt die „Solidarität“, Verlag- und Vertriebsgesellschaft, eine Broschüre zum Preise von 10 Pf. heraus.

Was in dieser Broschüre steht, müßte einen Sturm der Empörung hervorrufen, der diese Gesellschaftsordnung mit einem Schläge hinwegfegt.

Hier einige Beispiele:

„Der Schwerbeschädigte A. H. hat 4 Kinder, er bezieht 108 M. Militärrente. Die Invalidenrente, die 68 M. betrug, ist ihm ab 1. Februar völlig entzogen worden; das sind 40 Prozent seines Einkommens.“

Bergarbeiter, 100 Prozent unfallverletzt, völlig erblindet, 5 Kinder unter 15 Jahren, jährliche Unfallrente 2052 M. Aus der Knappschaftsversicherung bezog er 1302,60 M., diese sind ihm jetzt vollständig genommen, das sind 40 Prozent seines Einkommens.“

80 Prozent Unfallverletzter, am ganzen Körper gelähmt, jährliche Unfallrente 501,60 M. Die Invalidenrente von 303 M. jährlich ist ihm ab 1. Februar völlig genommen, das sind 43 Prozent seines Gesamteinkommens.“

Eine Untersuchung von Wohlfahrtserwerbslosen durch die IAH-Aerztesektion Berlin stellte 95 Prozent der Untersuchten als krank fest.

„Bei einer Reihe Untersuchungen mußten wir bei 78 Erwerbslosen in 20 Fällen die Diagnose Tuberkulose feststellen.“

„65jähriger Kellner soll als gewalttätiger Alkoholiker in eine geschlossene Anstalt aufgenommen werden. Der Kasse scheint dies nicht notwendig. Der Patient befindet sich wenige Tage später in Haft. Inzwischen wurde die Ehefrau von ihm schwer verletzt, das Kassenlokal demoliert.“

„Bei einem 53jährigen Fabrikarbeiter wird die Aufnahme zur Leistenbruchoperation abgelehnt. Wenige Wochen später Einklemmung mit schweren Komplikationen.“

„In Berlin sind acht städtische Krankenhäuser mit insgesamt 920 Betten geschlossen worden. In einigen Krankenhäusern sind ganze Stationen nicht in Betrieb; neue Schließungen werden geplant. Zahlreiches Personal wurde rück-

sichtslos auf die Straße gesetzt. Gleichzeitig wurden von der katholischen und protestantischen Kirche neue Krankenhäuser mit insgesamt über 1000 Betten errichtet.“

„Frau Dr. Vallutalo stellte bei 478 Krankenkassen mit 5 Millionen Versicherten fest, daß von den Schwangeren bis 6 Wochen vor der Niederkunft 15,5 Prozent bis 4 Wochen vor der Niederkunft 24,5 Prozent bis zuletzt 60,0 Prozent arbeiteten.“

„Die „Münchener medizinische Wochenschrift“ vom 20. November 1931 zitiert einen Bericht aus der Textilindustrie, wonach rund 64 Prozent aller Geburten nicht normal, 7,4 Prozent Früh-, 3,6 Prozent Tot- und 3,2 Prozent Fehlgeburten waren.“

„Im deutschen Bergbau erleidet in jedem Jahr jeder fünfte Bergarbeiter einen meldepflichtigen Unfall. Innerhalb von fünf Jahren erleidet jeder Kumpel einen derartigen Unfall. 1929 wurden 2 Prozent aller Bergarbeiter so schwer verletzt, daß sie teilweise oder ganz arbeitsunfähig wurden. Im Jahre 1930 betrug im preußischen Bergbau die Zahl der tödlich verunglückten Bergarbeiter 26 auf 10 000.“

Mit dieser Zahl erreicht die Statistik eine Höhe, wie noch niemals in der Nachkriegszeit. Es ist die höchste Ziffer der tödlichen Unfälle im preußischen Bergbau seit dem Jahr 1901 mit alleiniger Ausnahme der Jahre des rücksichtslosesten Raubbaus an der menschlichen Arbeitskraft: während der Kriegszeit.

„Wir graben unsre Gräber.
Wir graben selbst uns ein.
Wir müssen Totengräber
Und Leich' in einem sein.“

Es ist hier längst nicht alles erwähnt, was an Ungeheuerlichkeiten in der Broschüre steht. Aber schon ein einziger, durch Brutalität der Ausbeuter zu Schaden gekommener Prolet genügt auch, die Forderung laut werden zu lassen, die am Ende der Broschüre steht, die Forderung der kämpfenden Einheitsfront der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, die allein Brot und Arbeit, das Recht auf Leben, Gesundheit und Kultur geben und sichern kann. Hans Dohrenbusch.

Germanen gegen Wüstensöhne.

Der Staatsanwalt hat gegen den verantwortlichen Redakteur der nationalsozialistischen „Braunschweiger Tagessatzung“ ein Verfahren eingeleitet wegen eines Artikels, in dem eine Beleidigung des früheren Oberlandesgerichts-Präsidenten Levin enthalten war. Das Nazi-Blatt hatte den höchsten braunschweigischen Justizbeamten einen „zugereisten Wüstensohn“ genannt.

Herr Levin hätte unserer Meinung nach gar keinen Grund, sich seiner Vorfahren aus der arabischen Wüste zu schämen. Sie haben sich da nämlich im allgemeinen ziemlich anständig benommen, waren ein tapferes und arbeitsames Volk mit einem ausgeprägten Gerechtigkeitsinn, während die sogenannten „alten Deutschen“ mit Hilfe eines offenbar ausgedehnten Sitzfleisches „zu beiden Ufern des Rheins saßen“ und dort auf der Bärenhaut lagen und „immer noch eins tranken“, wobei sie wohl gleich für die heutigen teutonischen Nachkommen aus den braunen Häusern den Verstand mit vertrunken haben.

Also lieber zu den „Wüstensöhnen“ gehören als zu den wüsten Söhnen der Nazis!

Vom Deutsch deutscher Richter.

„Die Anwendung des § 140 BGB, d. h. die Umgestaltung eines wegen irgendwelchen Rechtsmangels nichtigen Rechtsgeschäfts in ein anders geartetes, von dem Rechtsmangel nicht beeinflusstes und deshalb gültiges Geschäft kann allerdings nur in Frage kommen, wenn die Vertragsschließenden, wenn sie gewußt hätten, daß sich das von ihnen erstrebte Ziel auf dem von ihnen eingeschlagenen rechtsgeschäftlichen Wege nicht erreichen lassen, als vernünftig denkende Leute sich mit dem dieses Ziel, wenn auch nicht in vollem Umfange, so doch bis zu einem gewissen Grade erreichenden anderen Geschäft begnügt haben würden und die Erfordernisse dieses Geschäfts erfüllt sind.“

(Aus einer Reichsgerichts-Entscheidung.)

Wirtschaftlichkeit des Freiwilligen Arbeitsdienstes?

Einige Beispiele aus der Wirklichkeit.

Ein Mann, der es wissen kann, nämlich P. Rosenzweig (Vorstandsmitglied der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und Vorstandsmitglied des Deutschen Bauwerksbunds) stellte im „Berliner Tagblatt“ aus den ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen eine Kostenberechnung für eine im Freiwilligen Arbeitsdienst vorgenommene Arbeit einem Voranschlag gegenüber für dasselbe Bauvorhaben bei Ausführung durch Facharbeiter. Das Ergebnis dieser Gegenüberstellung erledigt die Behauptung der Wirtschaftlichkeit des FAD schlagend. Doch lassen wir die Zahlen sprechen:

„Eine Kolonne Arbeitsdienstwilliger arbeitet in der Nähe des Bahnhofs Hermsdorf-Bad beim Ausbau eines Durchstichs der Katzbach. Es sind geleistet worden:
 130 Facharbeiter-Tagewerke zu je 4,20 Mark = 546,— Mark
 außerdem vom 8. 8. bis 1. 10. 1932 1400 Tagewerke des Freiwilligen Arbeitsdienstes zu je 1,80 Mark = 2520,— Mark
 zusammen: 3066,— Mark

- Dem gegenüber steht folgende Arbeit:
1. 1400 cbm Boden aus dem Durchstich ausgehoben
 2. 150 cbm Mutterboden gelöst.
 3. 25 qm Trockenpflaster.
 4. 75 St. Pfähle, 12 bis 15 cm stark, 2 m lang, 1,50 m tief gerammt.
 5. 112 lfd. m Faschinen, 40 cm stark, einschließlich Binden und Verlegen.

Die Kosten für diese Arbeiten betragen ohne Material, wie vorerrechnet: 3066 Mark.

Diese Arbeiten würden bei freier Arbeitsvergabe folgende Kosten für: Tariflöhne, Sozialbeiträge, Unternehmervergewinn (!), Vorhalten der Geräte u. s. w. erfordern:

1. 1440 cbm mittelschwerer Boden aus dem Flußbett auszuheben und 10 bis 15 m weit zu planieren je cbm 1,20 = 1728,—
 2. 150 cbm Mutterboden zu lösen, bis zu 100 m weit zu transportieren und auf die Fläche auszubreiten je cbm 0,80 = 120,—
 3. 25 qm Trockenpflaster je cbm 2,— = 50,—
 4. 75 St. 2 m lange Pfähle, 1,50 m tief einzurammen für 1 Stück 2,— = 150,—
 5. 112 lfd. m Saumfaschinen, 40 cm stark, zu binden und zu verlegen, einschl. Einschlagen der Pfähle lfd. m 0,40 = 44,80
- zusammen: 2092,80

So also verschleudert man heute noch das Geld! Die Kosten für das vorstehende Unternehmen sind im Freiwilligen Arbeitsdienst um 1/2 höher als bei Durchführung auf dem öffentlichen Wege. Rosenzweig bemerkt dazu ironisch; es sei doch in Deutschland nicht etwa — „wie bei armen Leuten“.

Aber nicht nur dieser Unfug einer starken Verteuerung muß gebrandmarkt werden, sondern der ebenso große Unfug, daß zur Ermöglichung des ersten Unfugs Dutzende von Bauarbeitern ihrer Beschäftigung im ordentlichen Arbeitsverhältnis entzogen wurden.

Nach unserem Gewährsmann handelt es sich bei dem Unternehmen am Bahnhof Hermsdorf-Bad nicht etwa um einen Sonderfall, sondern es gibt Hunderte von Fällen, in denen infolge der Konkurrenz des FAD Facharbeitern der Broterwerb vorenthalten wird, übrigens entgegen den Bestimmungen über die Art der Arbeiten im FAD.

Immer wieder die „Freiwilligkeit“.

Damit kommen wir auf ein weiteres dunkles Kapitel. Ueber den auf die wehrlosen Arbeitslosen ausgeübten Zwang schreibt Rosenzweig:

„In vielen Fällen zwingen Gemeinden in Anwendung des § 19 der Reichsfürsorgepflichtverordnung vom 13. Februar 1924 wohlhabenderwerblose Baufacharbeiter,

unter Androhung des Unterstützungszuges,

zur Ausübung ihres Berufes als Pflichtarbeit sowohl bei der Vorbereitung wie auch bei dem Bau von Siedlungshäusern.

Tausende Baufacharbeiter (Maurer, Maler, Pflasterer, Ofensetzer, Zimmerer, Dachdecker u. s. w.) müssen so, neben ihren Fachkenntnissen, ihre Arbeitskraft hergeben. Mit dem etwaigen Einwand, daß die Beschäftigung auf der Freiwilligkeit des einzelnen Baufacharbeiters beruht, da die Ablehnung oder Aufgabe der Arbeit keinen Nachteil in der Weiterzahlung der Arbeitslosen-, Kranken- oder Wohlfahrtsunterstützung zur Folge habe, wird man, wie die Praxis beweist, dem Problem auf die Dauer nicht gerecht.

Allein in der Stadt Hannover werden zur Zeit bei der vorstädtischen Kleinsiedlung mehr als 200 Baufacharbeiter im FAD mit Berufsarbeit beschäftigt und mehr als 300 als Pflichtarbeiter. . . . Die Baufacharbeiter, hierzu gezwungen, schaffen auf diese Art den Siedlern ein wohlfeiles Besitztum,

während sie selber größtenteils sich nicht schützen können vor der drohenden Expropriation, weil ihnen trotz ihrer Arbeit die Mittel zur Bezahlung der eigenen Wohnungsmiete fehlen.

Für derartige „Dienste an der Allgemeinheit“ fehlt den seit Jahren arbeitslosen Baufacharbeitern erklärlicherweise das Verständnis. Darüber hinaus wirkt sich das angewandte Verfahren praktisch dahin aus, daß dem regulären Baugewerbe wesentliche Auftragsprojekte entzogen werden und außerdem die betroffenen Baufacharbeiter ihre Arbeitskraft zur Bereicherung von Privatpersonen hergeben müssen.“

Rosenzweig macht zum Schluß den Vorschlag, dem auch wir uns anschließen können, die Verantwortlichen für diese Mißstände, die Beamten vom Minister abwärts bis etwa zur Besoldungsgruppe V eine Zeitlang ihre bisherige Tätigkeit für die Allgemeinheit ausüben zu lassen gegen eine Entschädigung, wie sie für die Arbeiten im FAD üblich ist. Dann würden diese Organisatoren am grünen Tisch schnell aufhören, solche ausbeuterischen Pläne auszuhecken!

Niederschlagung von Hauszinssteuer.

Wie und unter welchen Voraussetzungen kann man heute die Hauszinssteuer niedergeschlagen bekommen? Welche Möglichkeiten sich nach der erheblichen Veränderung der bisherigen Bestimmungen auf Grund der Verordnung vom 29. August ergeben, ist übersichtlich dargestellt in dem Heft: „Die Niederschlagung der Hauszinssteuer“, von Steuersachverständigen Körfgen. Das Heft ist vom Verfasser zu beziehen (Bonn, Ermekeilstr. 1, Postscheckkonto Köln 108-131). — 48 Seiten. 2,— Mark. Leider sehr teuer!

Kasernenposten erschießt Gefreiten. In München erschoss ein Wachtposten in der Nacht zum Dienstag einen Gefreiten, den der Posten für einen Einbrecher hielt, weil er auf mehrmaligen Anruf keine Antwort gab.

Ein 17-jähriger Raubmörder, Waldow, wurde vom Berliner Jugendgericht zur höchsten zulässigen Strafe von zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte ein Ehepaar, das sich seiner angenommen hatte, mit einem Beil erschlagen und um 2000 Mark beraubt.

Eine Methode, Alkoholvergiftungen (auch geringe) durch Blutuntersuchung festzustellen, ist von einem gewissen Wildmark ausgearbeitet worden. Die Methode findet z. B. Anwendung bei Verkehrsunfällen, wenn es um die Frage geht, ob der Fahrzeugführer unter Alkohol gestanden hat.

Freiwilliger Arbeitsdienst kostet doppelt soviel wie Tarifarbeit

Gegen den freiwilligen Arbeitsdienst

liefert die „Gewerkschaft“ Nr. 43 vom 22. Oktober Argumente in einem Aufsatz über freiwilligen Arbeitsdienst und öffentliche Betriebe, worin es heißt: „Unsere bisherigen Beobachtungen zeigen, daß eine ganze Reihe von Arbeiten des FAD reguläre Arbeiten sind und daß bei zahlreichen öffentlichen Körperschaften die Absicht besteht, diese Methode weiter auszudehnen. So hatte zum Beispiel ein Berliner Bezirksamt die Absicht, 25 000 Tagewerke für reguläre Bodenarbeiten beim Gartenamt, bei denen 35 000 Quadratmeter Boden bewegt werden sollten, ausführen zu lassen. Weiter sollten Ausbesserungen von Wegeflächen, Planierungen u. s. w. vorgenommen werden. In Stettin wird der Grüngürtel im Wege des FAD weiter geführt. In Wiesbaden wird durch Rodung einer alten Baumschule die Kuranlage durch den FAD erweitert. In Duisburg beschäftigt das städtische Gartenamt 28 Mann des FAD im Revier des städtischen Botanischen Gartens mit regulären Arbeiten. Auch kirchliche Behörden folgen den gleichen Spuren. . . . Es besteht gar

kein Zweifel, daß es sich in allen diesen Fällen um reguläre Arbeiten handelt, für die der FAD nicht in Frage kommen darf. . . .

In einer Landstraßenwärterkonferenz in Berlin wurde berichtet, daß der FAD in einem Kreis die gleichen Arbeiten verrichtet wie die Straßenwärter, zum Beispiel die Beseitigung der Sommerwege. Bei dieser Gelegenheit konnten unsere Kollegen die Leistungen der FAD feststellen: Zehn Straßenwärter stellten an einem Tage 160 Quadratmeter fertig, hingegen zwanzig Arbeitsdienstwillige nur 60 Quadratmeter. Bei genauer Berechnung der Lohnausgaben . . . ergibt sich, daß das Quadratmeter bei dem Tarifarbeiter 30 Pfennig, beim Arbeitsdienstwilligen aber 66% Pfennig kostet! Der FAD kostet die öffentliche Hand über doppelt soviel wie Tarifarbeit.“

Demgegenüber zitiert die „Gewerkschaft“ den Satz aus den Richtlinien, der besagt: Der Arbeitsdienst darf nicht zu einer Verringerung der Arbeitsmöglichkeit auf dem freien Arbeitsmarkt führen. Daran knüpft sie die Aufforderung: „Sorgen wir für die Beachtung dieser Richtlinien.“ Mit welchen Mitteln? Was ist bisher von Seiten der Gewerkschaften in dieser Hinsicht geschehen? Auf diese Frage erhalten wir leider keine Antwort!

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“

vom ab zum Preise von monatlich

2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftf. W. Eicher, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

BRUNO GLUCHOWSKI
Hohlen-Kulis
 REVOLTE AN DER RUHR (25)
 COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 19

Hans tritt Günther unter dem Tische auf den Fuß. Das soll heißen: Junge, merkste was? Dann steht er auf.
 „Holen wir einen Kasten. Halb hell, halb dunkel.“
 Der Fünfzehnjährige geht mit ihm, die Dunkelheit nimmt sie auf. Nach einigen Schritten holt Hans eine Schachtel Zigaretten aus der Tasche hervor, bietet dem Jungen eine an, steckt sich selbst eine zwischen die Lippen. Ein Streichholz flammt auf, beleuchtet die frischen kräftigen Züge des Aelteren, die blassen, schmalen des Jungen.
 „Bei Vatern darf ich nicht rauchen“, rief Franz.
 „Dann darfst du aber jetzt rauchen. Hör mal, Franz, als zukünftigen Schwager kannst du mir ruhig Vertrauen schenken. Der Vater ist woll nicht besonders gut zu euch?“
 Der Junge schaut sich ängstlich um, als fürchte er, der Vater stände hinter ihm. Dann erst antwortet er, sein Ton ist bitter.
 „Vater ist nur auf sich bedacht, alle anderen kommen zuletzt. Wir müssen tun, wie er's haben will. Was sollen wir machen, er ist der Vater. Aus mir will er unbedingt einen Steiger machen, ich aber würde lieber mit den Jungens meines Alters Fußball spielen, als hinter den Büchern sitzen. Und wenn ich oft sehe, wie der Betriebsführer die Beamten anschnauzt, dann habe ich sowieso schon die Nase voll vom ganzen Beamtenwerden.“
 „So, das hast du also schon bemerkt? Na, du hast die Augen an der richtigen Stelle. Dumm genug sind die Beamten, daß sie sich das Anschnauzen gefallen lassen. Sollen lieber einig sein und geschlossene Front machen gegen ihre Bedrücker von oben. So aber suchen sie durch gegenseitige Klugscheißerei sich beim Betriebsführer eine gute Nummer zu verschaffen, und einer haut den anderen in die Panne. Ihre Wut, ihr Getretensein lassen sie an uns Kumpels aus. Wir

aber lassen uns das nicht so leicht gefallen, wir wehren uns. Wenn Steiger und Kumpels zusammenhalten, was wollen die Oberbeamten dann machen, dann sind sie glatt aufgeschmissen. Aber nee, es ist ihnen nicht gut genug, mit dem Kumpel Hand in Hand zu arbeiten und Schulter an Schulter zu kämpfen. Lieber machen sie den Puckel krumm und sagen zu allem danke schön: Was ist's mit ihrer ganzen Beamtenherrlichkeit, die steht nur auf dem Papier. Statt, daß sie sich organisieren und für eine Besserung ihrer Lage kämpfen, gehen sie in den Beamtenangereinigten, in den Volksverein, wo der Inspektor Vorsitzender ist, und ins Beamtenkasino, wo sie bei einem Glas Bier faule Witze und Militärerinnerungen erzählen. Wenn ihnen aber mal einer der hohen Herren die Hand drückt und außerdienstlich ein freundliches Wort mit ihnen spricht, dann fühlen sie sich gebauchpinselt, gehen für ihren Herrn und die Zeche durchs Feuer, wenn sie auch am anderen Morgen schon wieder einen Tritt kriegen. Krummen Puckel nach oben hin, Feldwebelmanier nach unten hin, das ist ihr Wesen.“
 „Und dafür bin ich mir zu schade“, erwidert der Junge.
 „Wenn ich mal Beamter wär, und mir käm einer von den Höheren vor den Leuten dämlich, ich glaube, ich haute ihm die Lampe in die Fresse. Einen Rekruten ließe ich aus mir jedenfalls nicht machen.“
 „Donnerwetter“, sagt da Hans, den Jungen von der Seite betrachtend, obwohl er in der Finsternis nicht viel von ihm sehen kann. „Du bist ja ein ganz rabiater Bursche.“
 „Nee, das bin ich gar nicht. Ich kann nur keine Ungerechtigkeit leiden.“
 „Na, da wirst du ja noch einen schweren Stand bei deinem Vater haben.“
 „Der darf gar nicht wissen, daß ich so denke. Aber ich werde ja auch mal größer und älter, und dann lasse ich mich zu nichts zwingen, was ich nicht freiwillig tun will.“
 „Ob du dann auch noch so denkst, wie heute?“
 „Kannst dich drauf verlassen. Ich hab einen harten Schädel, wenn es jetzt auch anders aussieht.“
 Sie gehen durch die engen Lagergassen, die ihre Beleuchtung nur durch den aus den Fenstern fallenden Lichtschein erhalten. Gesang, Musik und wüstes Grölen dringt zu ihnen

heraus. Hinter den Gardinen und Vorhängen sind die Schatten von Menschen zu sehen, die zu den Klängen von Bandoneon, Ziehharmonika, Grammophon oder Mundharmonika durch die Stuben stampfen.
 König Alkohol hat seinen Einzug im Negerdorf gehalten. Unter seinem Einfluß stehen heute abend die meisten der darin wohnenden Menschen. Männer, die das ganze Jahr in der Grubenschuften; Frauen, die jeden Tag des Jahres mit häuslichen Sorgen zu kämpfen haben. Heute am Jahresabschluß ersäufen sie ihr Elend in Schnaps und Bier. Sie ziehen die Bilanz des Jahres, und es ist nichts übriggeblieben von den sauer verdienten Hungerpfennigen. Was schadet es, wenn morgen sie ein tüchtiger Kater in den Krallen hat, wenn das graue Elend sie dann wieder ankrleicht. Einmal im Jahre wenigstens wollen sie lustig sein, und zwar in der Silvesternacht. Wer will hier in Moral machen; wer will hier den entrüsteten Richter spielen; wer will sagen, daß diese Menschen selbst schuld seien an ihrem Elend, wenn sie noch Geld für Schnaps und Bier über haben?
 In der Mitte der letzten Barackenreihe befindet sich die Wohnung des Kokereiarbeiters Michel Sobottka, der nebenbei einen kleinen Flaschenbier- und Rauchwarenhandel betreibt. In diese gehen Hans und der Junge hinein. In einem großen Zimmer sitzen eine Anzahl Männer, die halb oder ganz geleerte Bierflaschen vor sich stehen haben. Die Luft ist dick vom Tabakqualm, in einer Ecke krächzt ein verbeultes Grammophon mit Blechtrichter: „Ja, das haben die Mädchen so gerne.“ Viele der Anwesenden eingen diesen Vorkriegsschlager mit. Sobottka, ein kleiner, dicker Mann in Filzlatschen, kommt auf die beiden zu, fragt sie nach ihrem Begehrt.
 „10 Flaschen helles Bier und 10 Flaschen Malz“, sagt Hans.
 Während Sobottka den Kasten Bier holt, erhebt sich von einer der Bänke ein Mann, kommt, nicht ganz sicher auf den Beinen, auf die beiden zu. Zwischen eingefallenen Wangen ragt eine mächtige Hakennase hervor, gibt dem Gesicht im Verein mit den grauen, braunenlosen Augen ein raubvogelartiges Gepräge. Der Kleine pflanzt sich vor den beiden auf, schielt Franz von der Seite an.
 (Fortsetzung folgt.)

Ein Handbuch des Gewerkschaftsfunktionärs.

F. G. Das Jahrbuch des ADGB ist in diesem Jahr leider erst spät erschienen. Der Rückgang der Mitgliederzahl sämtlicher Freier Gewerkschaften um 12,3 Prozent (von 4 716 569 am 31. Dezember 1930 auf 4 134 902 am 31. Dezember 1931) ist bereits vor einigen Monaten mitgeteilt worden.

Was die Jahrbücher des ADGB so besonders wertvoll macht, das ist die Tatsache, daß sie nicht nur über die rein gewerkschaftlichen, sondern auch über die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Ereignisse berichten.

Die selbständige politische Urteilsbildung des Funktionärs der Arbeiterbewegung wird erleichtert dadurch, daß er wenigstens die nötigen Unterlagen dafür jederzeit zur Hand hat. An solchen Unterlagen sind die Jahrbücher des ADGB reich.

Ausgehend von wichtigen Daten über die Weltwirtschaftskrise werden Uebersichten über die Entwicklung auf allen Gebieten der Politik in Deutschland für das Jahr 1931 gegeben. Kreditzusammenbruch, Finanzskandale, Reparationsproblem, Schrumpfung der Produktion, Entwicklung der Preise, Lebenshaltungindex, Staatsfinanzen, Lage der Landwirtschaft, Handelspolitik u. s. w. werden in kurzen Zügen dargestellt.

Ueber die Pressmacht der Freien Gewerkschaften erfährt man aus dem Buch, daß es in Deutschland 87 Gewerkschaftsblätter und Zeitschriften gibt, die in einer Gesamtauflage von 5,3 Millionen Stück erscheinen.

Die Gewerkschaften beschäftigen 6716 Angestellte.

Das sind auf 612 Mitglieder ein Angestellter.

Zur Unterstützung

der aus den Verbänden ausgesteuerten arbeitslosen Mitglieder brachten die in Arbeit stehenden Mitglieder rund 4,5 Millionen Mark an Extrabeiträgen auf. Wenn wir nur 1 Million Mitglieder annehmen, die noch einigermaßen voll beschäftigt waren, so brauchen diese nur jeder wöchentlich 10 Pf. aufzubringen, um die 4,5 Millionen Mark herbeizuschaffen. Wir stimmen mit dem überschwenglichen Urteil des Berichts, daß „dies ein Solidaritätsakt ist, der höchste Anerkennung verdient“, nicht überein.

Zu der aktuellen Frage der Stellung zur Verbindlichkeitsklärung

von Schiedssprüchen, mit deren Hilfe neuerdings der Hamburger und Berliner Verkehrsarbeiterstreik abgewirgt wurde, wird in dem Jahrbuch nichts Neues gesagt. Obgleich es auf Seite 86 heißt: „Es ist kein Wunder, daß unter diesen Umständen (Zurückdrängung der Gewerkschaften) auch die Haltung der Arbeiter gegenüber ... dem Staate sich wandeln mußte“, wird auf Seite 147 wieder wie 1930 erklärt, an der Stellungnahme zum Schlichtungswesen habe sich auch durch die Entwicklung nichts geändert. „Die Gewerkschaften erstreben in erster Linie den Abschluß von Tarifverträgen durch freie Vereinbarungen.“ Trotzdem wird nicht gegen die Verbindlichkeitsklärung Stellung genommen.

Hierher gehört noch etwas anderes: Dieses Jahrbuch, das erst nach dem Regierungsantritt P a p e n s abgeschlossen wurde hätte enthalten müssen eine exakte Stellungnahme zu den Ursachen der Niederlage der Gewerkschaftspolitik. Darüber wird gesagt: „Die besondere Schärfe der Wirtschaftskrise in Deutschland beruht auf dem Vertrag von Versailles, falscher Uebertragung der Rationalisierung, kurzfristigen Krediten, dem Zusammenbruch der kapitalistischen Idee und (dem) Versagen der kapitalistischen Moral.“ (Seite 8.) Die kapitalistische Verteilung des Einkommens, die eigentliche Ursache der Krisen im Kapitalismus, wird nicht erwähnt. Die Rolle des subjektiven Faktors bei den Freien Gewerkschaften wird in dieser Betrachtung ebenfalls nicht erwähnt. Daß er gar keine Rolle gespielt hat, ist ausgeschlossen. Eine Organisation und Presse von dieser Art und diesem Umfang spielt eine Rolle, wenigstens die des Dulders, und dann muß das Spiel dieses Rollen wenigstens begründet werden. Warum haben

die Gewerkschaften nicht der krisenverschärfenden Politik entgegengewirkt durch konsequenten Kampf entsprechend ihrer richtigen Theorie von der notwendigen Erhaltung und Stärkung der Massenkaufkraft? Weil sie mit Recht Schwierigkeiten für den „Staat von Weimar“ fürchteten. Der ist aber ohne den Kampf der Arbeiter doch nur ein Ausbeuterstaat. Hier stehen die Gewerkschaftspolitiker heute nicht nur vor einem Scherbenhaufen, sondern auch vor einem Problem, mit dem sie nicht fertig geworden sind. Deshalb

sprechen sie niemals von Ursachen der Niederlage der Gewerkschaftspolitik, sondern vom Versagen des Kapitalismus und nehmen so den Arbeitern die Möglichkeit, in dieser wichtigen Frage aus dem Handbuch zu lernen.

So sehr wir wünschen, daß diese Mängel nicht vorhanden wären, so ist doch dieses Jahrbuch des ADGB ein ausgezeichnetes Hilfsmittel für jeden Funktionär in der Arbeiterbewegung.

Das 325 Seiten starke broschiierte Buch kostet für Mitglieder 4,50 M. (Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1932.)

Fritz Grob.

Kampf-Manieren der BVG-Direktion.

Bei dem inzwischen abgebrochenen BVG-Streik hat die Direktion dieser Firma u. a. auch zu dem von uns bereits mitgeteilten Mittel gegriffen, verschiedene Arbeitergruppen gegen einander auszuspielen, indem an den Plakatsäulen die BVG-Löhne verglichen wurden mit den Löhnen bei der Reichspost und in Berliner Metallbetrieben. Diese Vergleiche ist schon deshalb demagogisch, weil die Mehrzahl der Berliner Metallarbeiter in Akkord arbeitet, die Stundenlöhne also für den Verdienst nicht allein bestimmend sind. Darüber hinaus wird das Bild schiefer durch die Angabe von Brutto- und Spitzenlöhnen. Aber weshalb es vor allem lohnt, noch einmal auf dieses elende Plakat der BVG zurückzukommen, das ist die Tatsache, daß man überhaupt den Versuch macht, in der heutigen Bedrängnis der Arbeiterschaft auf den Neid der geringer Bezahlten zu spekulieren, um Sympathiekundgebungen für die Streikenden zu hintertreiben. Es ist eine wichtige gewerkschaftliche Erziehungsaufgabe, die Arbeiterschaft fest in der Auffassung zu machen, daß sie auf keinen Fall auf das Manöver der „Angleichung“ der Löhne hereinfallen darf. Gerade die schlecht bezahlte Arbeiterschaft hat allen Grund, mit dafür zu sorgen, daß ihre noch etwas besser bezahlten Kollegen nicht auf das niedrige Lohnniveau herabgedrückt werden. Welch ein Grund besteht auch, das größte Elend, die schamloseste Ausbeutung als Maßstab zu nehmen. Noch längst nicht sind diejenigen Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht — auch bei den am besten bezahlten Arbeitern — die man als gerecht bezeichnen könnte. Und solange das nicht der Fall ist, hat kein Arbeiter Grund, einer „Angleichung“ zuzustimmen.

Es ist beschämend, daß weder der „Vorwärts“ noch der Gesamtverband bisher ein Wort der Kritik über das Plakat-Manöver der BVG verloren hat, und daß es ausgerechnet das bürgerliche „Berliner Tageblatt“ sein muß, daß dem „Vorwärts“ mit Recht entgegentritt bei seinem Bemühen, den

Streik lediglich als politische Wahlmache hinzustellen. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Ganz gewiß spielen politische Momente bei diesem Streik eine große Rolle. Aber es muß trotzdem zu bedenken gegeben werden, daß

die wirtschaftlichen Momente die politischen zumindest überwiegen.

Die BVG-Direktion hat ... eine Uebersicht über die Bruttolöhne ihrer Arbeiter veröffentlicht. Nicht veröffentlicht worden sind die Nettozüge, d. h. die Beträge, die nach Abzug aller Abgaben ein BVG-Mann in die Hand bekommt und von denen er mit seiner Familie leben muß. Uns liegt die

Lohnabrechnung eines Autobusfahrers

vor, dessen Bruttolohn vom 16. September bis zum 15. Oktober, einschließlich Ueberstunden, Frauen- und Kinderzulage 214,62 Mark betrug. Von dieser Summe kommen folgende Abgaben in Abzug:

Steuerabzug	7,20 Mark
Bürgersteuer	2,25 Mark
Beiträge für Ruhegeld und Krankenkasse	5,40 Mark
Invalidenversicherung	7,00 Mark
Arbeitslosenversicherung	6,83 Mark
Hilfskasse, Sterbekasse	4,50 Mark
Abgabe zur Erwerbslosenhilfe	3,15 Mark
zusammen	36,33 Mark

Es bleiben dem Mann von seinem Bruttoeinkommen von 214,62 Mark also rund 178,29 Mark zum Leben. Bedenkt man, daß die meisten Fahrer verheiratet sind, Frau und Kinder haben, daß eine monatliche Miete von 40 Mark zu den Seltenheiten (!) gehört, daß vielmehr die

Neubauwohnungen in den BVG-Siedlungen durchschnittlich 70 Mark monatliche Miete

kosten, so kann man sich leicht errechnen, daß so einem Mann, dessen Beruf zu den verantwortungsvollsten und nervenaufreibendsten gehört, kaum mehr als 100 Mark monatlich bleibt, damit er mit seiner Familie das Leben fristen kann. Bei den BVG-Leuten in nicht minder verantwortlichen, aber noch schlechter bezahlten Stellungen, bei dem Schaffnerpersonal der Straßenbahn und U-Bahn ist die Nettolohnziffer noch geringer, erreicht oftmals kaum 140 Mark, so daß diese Leute nach Abzug der Miete täglich nur zwischen 2 und 3 Mark zum Leben und für die Kleidung haben.

Es geht daraus hervor, daß die streikenden Arbeiter und Angestellten der BVG nicht nur aus politischen Gründen streikten, sondern daß

dieser Kampf tatsächlich ein Kampf um die nackte Existenz

ist. Und er ist mehr als das, wenn man die Pflichten des Mannes betrachtet, der Dienst an der Öffentlichkeit tut, der täglich Tausende von Fahrgästen abzufertigen oder zu befördern hat.

Kein Streik in den Bremer Häfen. Die Bremer Hafenarbeiter nahmen dieser Tage in der Urabstimmung den vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch an.

Vorbildlich, nur immer noch nicht genug! Die Abmeldungen vom Religionsunterricht

in den drei Großstädten Sachsens zeigen für die Schulanfänger folgendes Bild:

	Chemnitz	Dresden	Leipzig
Ostern 1926	9,71 %	15,40 %	25,97 %
1927	11,38 „	14,46 „	27,35 „
1928	11,06 „	13,93 „	27,19 „
1929	10,96 „	14,91 „	27,50 „
1930	11,97 „	14,97 „	27,76 „
1931	10,75 „	14,29 „	29,44 „
1932	12,67 „	14,33 „	29,30 „
1933	11,33 „	15,01 „	29,55 „

Maßarbeit erstklassig und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O112
Scharnweberstr. 16/17.

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd. netto nur 2,20 RM. Frei Haus gegen Vereinsendung auf Postscheck Magdeburg 179 24.

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzug d. Inserates 5% Rabatt!

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut / schnell / billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M. - Riederwald
Engelplatz 12.

Robert Peppmüller, Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat
für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Sprechapparate Koffer/Schallplatten/Schränke
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!
Otto Pfothauer, Weimar, Röhrstr. 40.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung
C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2
Butter Käse, Eier Landbrot

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

Die neuen Stoffmusterkollektionen für Herbst und Winter sind eingetroffen. Bestellen Sie schon jetzt! Arbeit nach Maß! Preis mit Maß!
Rudolf Schönheit, Herren- u. Damenmoden
Magdeburg, jetzt Johannisbergstraße 10, III.

BERLIN KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
Bei groß. Erfolge wegen 2. Woche verlängert!
Die off. Uraufführung des Sowkino-Films:
„Waldmensch“
Regie: Alex Litwinow.
Beiprogramm: Uraufführung „Diamanten“, Neue Fassung Fischinger Nr. 8, „Riesengeld des Urwaldes“, „Das Gesicht des Tieres“.
Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!



Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit **Klebemarken** mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebemarken noch heute bei der
Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen
Es kosten bei Vereinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 80 Pf. Nachnahmegebühr.

Ist der Zins die Ursache für die kapitalistische Ausbeutung? Läßt sich die Wirtschaftskrise durch Geldreform beseitigen?
Wer sich über diese Fragen Klarheit verschaffen will, der lese:
Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?
Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.
Von Helene Beyer.
52 Seiten. Gehet 0,40 M.
Aus den Presse-Urteilen:
„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwundgeldtheoretiker ihre fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“, Nr. 27, 2. Juli 1932.
„Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Untersuchung der Lehre von Silvio Gesell.“ „Frankfurter Volksstimme“, Nr. 136, vom 13. Juni 1932.
„Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Zins, Krise und Goldwährung geben dem Leser fernherin das Ritzzeug in die Hand, auch andere Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Versuche, von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade darum gehört die — im Gegensatz zu dem größten Teil der Geld-Literatur — leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschaftspolitisch-interessierten.“ „Prager Presse“, Nr. 165, vom 17. Juni 1932.
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S14, Inselstraße 8a.
Postscheckkonto Berlin 813 42.

Zuchthaus im Allensteiner Naziprozeß.

Zur Aufklärung der ostpreußischen Attentate.

Das Allensteiner Sondergericht hat am Dienstag nach mehrtägiger Verhandlung neun Nazis wegen eines Handgranatenattentats am 8. August verurteilt. Die beiden anstiftenden Sturmführer Bethke und Weiß erhielten je fünf Jahre Zuchthaus, desgleichen die beiden ausführenden SA-Leute, die die Handgranaten in das Kaufhaus des Allensteiner Kommunistenführers Abraham geworfen haben; fünf weitere Nazis erhielten insgesamt drei Jahre drei Monate Zuchthaus und ein Jahr neun Monate Gefängnis.

Der Schuldnachweis beruht zum größten Teil auf dem Geständnis der Angeklagten.

Die oberste Instanz, bis zu der in der Verhandlung die Urheberschaft des Attentats nach oben hin verfolgt worden ist, ist der Sturmführer Bethke aus Marienwerder (etwa 100 km von Allenstein). Der hat den Unterführer Weiß aus Frögenau beauftragt, das Attentat ausführen zu lassen, und der hat den beiden ausführenden SA-Knechten gesagt, Abraham müsse „umgelegt“ werden. Diese ausführenden SA-Leute waren ebenfalls nicht aus Allenstein, sondern aus Gilgenburg (50 km südwestlich Allenstein) Sie wurden zu dem Attentat mit Auto nach Allenstein befördert.

Wir erwähnen diese Einzelheiten, weil sie einen wenn auch spärlichen Einblick in die Organisation des Attentats

gewähren. Vielleicht gelingt es noch, aus den kommenden ostpreußischen Terror-Prozessen ein Gesamtbild über den inneren Zusammenhang jener Terrorwelle von Anfang August zu gewinnen.

In diesem Falle hat jedenfalls das Gericht eine Organisation des Terrors von höherer Stelle als Bethke nicht festgestellt. Es ist zwar in den Verhandlungen von einer Langendorfer Führertagung die Rede gewesen, die kurz vor dem Attentat stattfand und auf der Gauleiter Koch gesprochen hat, derselbe Koch, der drei Tage vor Einsetzen der ostpreußischen Terrorwelle in öffentlicher Versammlung die Worte sprach: „Die Herrschaften („Marxisten“) sollen sich nicht wundern, wenn sie sich eines Morgens als Leichen wiederfinden, nachdem sie so viele Leichen auf dem Gewissen haben.“ Auf der Langendorfer Führertagung ist die Parole ausgegeben worden, daß die SA-Leute, „die einen Waffenschein hätten“, jetzt wieder Waffnen führen dürften, was bis dahin verboten gewesen war. Mehr ist vor Gericht nicht herausgekommen.

Mehrmals wurde während der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen,

und zwar gerade bei den Fragen, ob das Attentat auf höheren Befehl erfolgt sei, und woher Handgranaten und Sprengstoff beschafft worden seien (auf diese Fragen wollten die Angeklagten nicht öffentlich antworten). Außerdem wurde einmal wegen Gefährdung der Staatssicherheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen, als der abgekürzte Name einer politischen Organisation fiel. (Ein rätselhafter „Fall“ eines Namens.)

Naziabgeordneter als Attentäter.

Wie wir berichteten, wurde in Wuppertal in der Nacht vom Sonntag auf Montag aus einem Auto heraus geschossen und eine Frau schwer verletzt. Inzwischen hat die Polizei das Auto ermittelt, dessen Eigentümer sich der Verhaftung durch die Flucht entzog. Es handelt sich um den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten und SA-Oberführer Veller.

Todesopfer politischer Zusammenstöße.

In der Nacht zum Montag kam es in der Kanzlerstraße in Chemnitz zu politischen Schlägereien, bei denen auch Schüsse fielen. Der Nationalsozialist Mildner wurde durch mehrere Stiche so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus starb. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

Gilde freierlicher Bücherfreunde.

Freitag, 11. November 1932, Aula der Oberrealschule, Berlin, Wilmersdorferstraße 15; Rudolf Rocker liest aus seinem demnächst erscheinenden Buch: „Nationalismus und seine Beziehungen zur Kultur“. Irene Oslawski; Klavier-Vortrag. Domala-Nebenmusik; Ausstellung von Photographien.

Verseuchung der Jugend mit „kolonialen Gedanken“.

J. Ph. Mitte August dieses Jahres hat der Reichsinnenminister v. Gayl in einem Schreiben an die Unterrichtsminister der Länder u. a. erklärt:

„Nur dann ist die Jugend ihren Dienst an Volk und Staat recht vorbereitet, wenn sie gelernt hat, sachlich zu arbeiten, klar zu denken, ihre Pflicht zu erfüllen. Diese Erziehungsaufgabe der deutschen Schule steht in scharfem Gegensatz zu der parteipolitischen Beeinflussung der Jugend.“

Diese Worte aus dem Munde des christlich-nationalen Ministers haben wir von vornherein nicht ernst genommen; wie sie gemeint sind, zeigt folgender preußischer „Ausführungs“erlaß:

„... bestimme ich daher, daß in der heranwachsenden Jugend der koloniale Gedanke gepflegt und das Verständnis für die Bedeutung überseeischen Besitzes geweckt und vertieft wird. Die Provinzialschulkollegien ersuche ich, der Förderung des kolonialen Gedankens in den ihnen unterstellten Schulen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

Berlin, den 29. September 1932.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, gez. Lammer, Staatssekretär.

Herr v. Gayl wird den Lehrern gewiß nicht gestatten, über die Bedeutung überseeischen Besitzes die Schüler „sachlich arbeiten, klar denken“ zu lassen; denn dabei würde die Jugend erkennen, daß überseeischer Besitz Bedeutung vor allem für industrielle Weitererwerber hat und Kolonialpolitik nur das Aushängeschild für die empörendste Vergewaltigung außereuropäischer Völker ist.

Pflege des kolonialen Gedankens bedeutet also, die Jugend gewinnen wollen für imperialistische Privatinteressen, für die Parteien, die diese Interessen vertreten. Pflege des kolonialen Gedankens bedeutet also eine „parteilich-politische Beeinflussung der Jugend“, die „in scharfem Gegensatz zur Erziehungsaufgabe der deutschen Schule“ steht. Herr v. Gayl, der für Beeinflussung von „links“ ein sehr scharfes Auge

„Transportgefährdung.“

Sondergericht gegen die Streikenden.

Seit Dienstag läuft in Berlin die Sondergerichtsmaschine gegen die Streikenden von der BVG. Aber der Lokomotivführer (Landgerichtsdirektor Tolk) fährt vorsichtig, damit keine Transportgefährdung eintritt, er ist gewitzigt durch die unangenehmen Erfahrungen, die er mit seinem Heizer (Staatsanwaltschaftsrat Wagner), der gern das Feuer schürt, beim großen Berliner Kommunistenprozeß gemacht hat. Dieser Wagner ist noch jung und strebsam; er hat in der Berliner Sondergerichtszeit manches Jahrzehnt Zuchthaus gegen Arbeiter beantragt.

Am Dienstag kam das Sondergericht zu keinem Ergebnis. Die Verhandlung ging gegen drei Arbeiter, von denen zwei schöne, keilförmige, für diesen Zweck gut geeignete Mosaiksteine, die sie in der Tasche bei sich führten, in die Schienen festgetreten haben, während der dritte Angeklagte auf einen Steinhauten, der der Straßenbahn im Wege lag, noch einen Stein hinzugelegt hat.

Die Anklage lautet auf Transportgefährdung, worauf bereits nach dem Strafgesetzbuch (§ 315) Zuchthaus steht; dieser Tatbestand ist gegeben, wenn jemand „vorsätzlich ... solche Hindernisse bereitet, daß dadurch der Transport in Gefahr gesetzt wird“. Vorsätzlich! Wagner legt deswegen in seinem Plädoyer Wort auf die Feststellung, daß der Angeklagte das Bewußtsein hätte haben müssen, daß er durch seine Tat den Straßenbahnbetrieb gefährdete. Um den Tatbestand dieses Bewußtseins zu klären, führte Landgerichtsdirektor Tolk mit dem mehr als 50 Jahre alten Arbeiter, der die Mosaiksteine in der Tasche gehabt hatte, folgendes Gespräch:

Vors.: Was haben Sie beabsichtigt, als Sie das taten?

Angekl.: Die wirtschaftliche Not ist doch so groß. Vors.: Sie mußten sich doch bewußt sein, daß Sie unter Umständen Menschenleben gefährdeten.

Angekl.: Nein, daran habe ich nicht gedacht.

Vors.: Was haben Sie dann gedacht?

Angekl.: Es sollte eine Störung eintreten. Der Führer der Straßenbahn sollte anhalten.

Vors.: Warum haben Sie es denn getan?

Angekl.:

Das ist wegen der ganzen Lebenslage der Menschen und der großen Arbeitslosigkeit. Die Lebensverhältnisse sind ja so, daß man gar nicht leben kann.

Vors.: Wenn ich Sie recht verstehe, haben Sie also gedacht, daß die Leute den Streik unterstützen sollten. Sie wollten, daß niemand den Streikenden in den Rücken fällt.

Angekl.: Menschenleben wollte ich jedenfalls nicht auf dem Gewissen haben. Der Fahrer sollte anhalten und das Hindernis ausräumen.

Vors.: Sie wollten also den Fahrer ärgern.

Angekl.: So kann man das auch sagen.

Tolk vertagte die Verhandlungen, um vorher — dem Antrag des Verteidigers entsprechend — einen Sachverständigen darüber zu hören, wie weit derartige Hindernisse den Transport gefährden.

Das beweist, daß ein Mann wie Tolk keineswegs das Bewußtsein haben „muß“, daß Mosaiksteinchen in den Schienen den Betrieb gefährden. Mit welchem Recht könnte also das Gericht behaupten, daß die Angeklagten dieses Bewußtsein haben „mußten“!

Dank den Polizeiknüppeln.

Melcher ist stolz auf seine Polizisten.

Melcher hat nochmals öffentlich ausgesprochen, wie sehr der Schreck vom BVG-Streik den Bürgern ins Gebein gefahren ist: er hat eine öffentliche Dankeserklärung an die Polizeibeamten, „die an der Bearbeitung (!) des wilden Streiks bei der BVG beteiligt waren“, losgelassen. Melcher bezeichnet den Streik als eine „großangelegte staatsfeindliche Aktion“, obwohl er von den Steuergroschen der BVG-Arbeiter genau so lebt wie von denen der BVG selber, und als Beamter Diener der Gesamtheit und nicht der Kapitalisten sein sollte. Den Polizisten stellt er „dienstfreie Tage zur Erholung“ in Aussicht.

Dr. Stoffregen wieder im Amt.

Nach Verhandlungen am Dienstag mit dem oldenburgischen Regierungspräsidenten und dem Staatsminister Pöuly wegen der Amtsenthebung des deutschnationalen Bürgermeisters Dr. Stoffregen von Eutin wurde die Verfügung aufgehoben und Dr. Stoffregen wieder in sein Amt eingesetzt. Bis zur Beendigung eines von ihm beantragten Disziplinarverfahrens wird Dr. Stoffregen Urlaub nehmen.

Das Wahlergebnis im Wahlkreis 26 (Franken) ist gegenüber den ersten Meldungen korrigiert worden. Wir teilen im folgenden runde Tausende mit. KPD 121; SPD 289; Staatspartei 7; Bayerische Volkspartei 349; DVP 11; Christl. Soz. 18; DNVP 95; NS 522. Die Zahl der Nazi-Mandate erhöht sich damit auf 196, die der Gesamtzahl der Abgeordneten auf 583.

„Völkischer Beobachter“ verboten. Die Polizeidirektion München verbot am Dienstag auf Grund der Notverordnung vom 14. Juni den „Völkischen Beobachter“ bis 14. November, weil er Angriffe auf Papen veröffentlicht hatte.

Zwei sozialdemokratische Zeitungen, das „Volksblatt“ (Halle) und der „Volksbote“ (Zeitz) sind vom Oberpräsidenten für die Provinz Sachsen für zwei Tage verboten worden.

hat, wird sagen: der „überparteiliche Staat“ braucht Kolonien; aber dieser „überparteiliche“ Staat ist ja der hinreichend bekannte Staat der „hauchdünnen“ Schicht von Baronen und Industrieherrn, für die überseeischer Besitz Bedeutung haben kann.

Hier droht also eine, seit 1919 eingeschlummerte, inzwischen von den Bündnis deutscher Kolonialpfadfinder wiedererweckte imperialistische Beeinflussung der Jugend durch staatlichen Druck auf die Lehrerschaft. Ihr müssen wir uns widersetzen, widersetzen auch, um des Rechtes der Jugend willen, nicht in ihrer Unkenntnis und ihrer Begeisterungsfähigkeit zur Befriedigung privater Machtgelüste neudeutscher Kolonialpolitiker mißbraucht zu werden.

Kriegspropaganda der Zigarettenfabriken.

Nachdem die Fabrik der „Oberst“-Zigaretten mit dem Unfug der Zugabe von Bildern der Uniformen aller Waffengattungen und aller Zeiten angefangen hat, folgt auch die Zigarettenfabrik Salem dem „Zug der Zeit“ und gibt ihren Packungen Zinnsoldaten bei. Alle sind da zu finden: Deutsche, Engländer und Franzosen, „im Angriff“, „im Sturm“, „im Feuer“, „im Handgranatenkampf“ u. s. w. Dazu der geschmacklose Reklame-Satz: „Wer Salem raucht, beglückt die Kinder!“

Wer aber die Kriegspropaganda mit solchen Kindereien, die den Kindern schon in früher Jugend die Freude an Massen- und Maschinenmord einprägen sollen, nicht mitmachen und seine Kinder nicht mit dem furchtbaren Erlebnis eines neuen Weltkrieges „beglücken“ will, ziehe die einzig richtige Konsequenz, die diese Reklamemilitaristen an ihrer empfindlichsten Stelle, an ihrem Geldbeutel, trifft!

Kauft keine Kriegspropaganda-Zigaretten!

Wer Salem raucht, verhetzt die Kinder!

Die politisierte Apfelsine.

Kinderkrankheiten und Kontingentierung!

Die „Frankfurter Zeitung“ ließ kürzlich an einen hervorragenden Frankfurter Kinderarzt die Frage richten, wie das Fehlen der Südfrüchte und die Verteuerung des heimischen Obstes auf die Gesundheit der Bevölkerung wirken könne. Sie ging dabei von der Tatsache aus, daß man im Herbst 1932 infolge der Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Einfuhr ausländischen Obstes so gut wie keine Apfelsinen sieht, während in den vergangenen Jahren um dieselbe Jahreszeit der Markt bereits reichlich mit billigen Apfelsinen besetzt war.

Der befragte Arzt antwortete mit einem Wort: „Katastrophal!“ Allerdings begründete er diese Ansicht auch noch eingehend. „Die Reichsregierung“, so führte er aus, „hat die

Rücksicht auf die Volksgesundheit völlig außer Acht gelassen, als sie zur Beschränkung der Obsteinfuhr schritt. Ich zweifle nicht daran, daß diese Maßnahme

auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt ein schlechtes Geschäft

sein wird. Man wird an erhöhten Aufwendungen für die Gesundheitsfürsorge, namentlich aber für die gesundheitlich aufs höchste gefährdeten Kinder der armen Volksschichten, das Mehrfache dessen benötigen, was man an der Obsteinfuhr erspart! Namentlich was die Apfelsinen betrifft, so ist sie

ein unter unseren Ernährungsverhältnissen in den Wintermonaten völlig unentbehrliches Volksnahrungsmittel.

Sie wird durch die im Winter einzig vorhandenen Äpfel keineswegs ersetzt. ... Arme Mütter, die im vergangenen Jahre noch 50 Pfennige in der Woche zu übrigen wußten, um dafür ihren Kindern 10 bis 15 Apfelsinen, genug für die ganze Woche, aus der Markthalle heimzubringen, sind in diesem Jahr nicht in der Lage, für denselben Zweck den dreifachen Betrag, diesmal aber in Äpfeln anzulegen.“ (Eine ergänzende Rundfrage bei den großen Obstfirmen und den Kleinverkäufern ergab im übrigen, daß der Frankfurter Obsthandel tatsächlich die vorhandenen geringen Vorräte an Äpfeln und Trauben wegen der hohen Preise nur mit Mühe los werden kann, daß das Fehlen der Apfelsinen also keineswegs zu der beabsichtigten Vermehrung des Absatzes an heimischem Obst führt.)

Mit Recht schloß deshalb der befragte Arzt:

„Die Rechnung für die handelspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung werden die deutschen Kinder zu bezahlen haben. ... Die notwendige Folge der Apfelsinen-Politik werden in diesem Winter Vermehrung der Kinderkrankheiten und Erhöhung der Kindersterblichkeit in Deutschland sein!“

Der 9. November im Rundfunk.

Löbe spricht von Holland aus.

Da der Rundfunkkommissar Scholz eine Rede Paul Löbes über den 9. November auf deutschen Sendern verbot, spricht Löbe am Mittwochabend über den holländischen Arbeitersender Hilversum auf Welle 296.

In Deutschland redet — wie euchs gehört — August Winnig (ein ehemaliger SP-Mann, der 1914 noch wahnsinniger wurde als seine Kollegen, dann Kapituliert wurde und heute Leitartikel für die „Börsenzeitung“ fabriziert.)

Zu einer schweren Schlägerei zwischen deutschen und tschechischen Faschisten kam es am Montagabend in Brünn. Den Anlaß gab eine von den deutschen Nationalsozialisten veranstaltete Versammlung, zu der die tschechischen Faschisten zahlreich erschienen waren. Viele Versammlungsteilnehmer wurden verletzt. Die Polizei nahm mehrere Personen fest, behielt aber nur einen in Haft.

Protestkundgebung der Freidenker im Sportpalast.

Am Montag, dem 21. November, findet um 20 Uhr eine große Kundgebung des Deutschen Freidenker-Verbandes gegen das geplante Verbot der Freidenkerorganisation im Sportpalast statt.

Reichshilfe für Gemeinden?

Notwendige Erläuterungen zu amtlichen Mitteilungen.

Am Sonntag berichteten wir kurz über eine lange Mitteilung der Reichsregierung: „Erläuterungen der Wohlfahrtslasten der Gemeinden durch das Reich.“ Es gibt zwar ein Sprichwort: „Einem geschenkten Gaul sieht man nicht ins Maul.“ Die Gemeinden haben aber doch allen Anlaß, genau zu betrachten, was ihnen da unmittelbar vor der Wahl geboten wurde! Zumal es sich ja für sie um Sein oder Nichtsein handelt, das allerdings von der Gnade der Herren hoch da droben abhängt, wie ein Geschenk von dem Wohlwollen des Schenkenden.

Wie ist die Lage, die durch jene Reichshilfe für die Gemeinden erträglich gemacht werden soll?

In der Notverordnung der Junker-Regierung vom 14. Juni war eine Reichshilfe für die Gemeinden in Höhe von 672 Millionen Mark zugesagt. Bei Bemessung dieser Summe ging die Reichsregierung davon aus, daß 2,15 Millionen Wohlfahrts-erwerbslose jährlich im Durchschnitt je 540 Mark erhalten würden. Nun sind es heute tatsächlich schon 2,5 Millionen Wohlfahrts-erwerbslose. Ferner macht der durchschnittliche Aufwand für den Wohlfahrts-erwerbslosen tatsächlich 560 Mark aus, also 20 Mark mehr als veranschlagt. Allein diese 20 Mark summieren sich für die Gesamtheit der Wohlfahrts-erwerbslosen zu 50 Millionen Mark jährlich!

Was hat nun die Reichsregierung unmittelbar vor den Reichstagswahlen den Gemeinden zugesichert?

1. Für den November sollen den Gemeinden aus dem Wohlfahrts-erwerbslosenfonds 5 Millionen Mark mehr als im Oktober gegeben werden, insgesamt 65 Millionen Mark. Eine monatliche Zahlung von 65 Millionen Mark entspricht zwar einer Jahresleistung von 780 Millionen Mark. Es scheint also, als ob jene Summe von 672 Millionen Mark um mehr als 100 Millionen Mark erhöht werden sollte. Doch der Schein trügt! Die Zahlungen an die Gemeinden haben mit einem Monatsbetrag von nur 35 Millionen Mark im Sommer begonnen, sie sind inzwischen noch nicht einmal so gesteigert worden, daß im Durchschnitt pro Monat ein Zwölftel jener 672 Millionen Mark für die Gemeinden herausgekommen wäre.

Die Erhöhung der Novemberrate um 5 Millionen Mark stellt also gar nichts Besonderes dar; es handelt sich nur um die Erfüllung der vom Reich bereits im Juni übernommenen Verpflichtung.

2. Aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung sollen für die Monate November bis März insgesamt 50 Millionen Mark den Gemeinden für die Unterstützung der Wohlfahrts-erwerbslosen gegeben werden. Die Arbeitslosenversicherung kann nur deshalb zur Zeit Ersparnisse machen, weil viele Erwerbslose durch Änderungen des Unterstützungsgesetzes auf Krisenfürsorge und Wohlfahrt abgeschoben worden sind.

Nachdem man so auf Kosten der Gemeinden bei der Arbeitslosenversicherung Überschüsse gemacht hat, gibt man gnädig den Gemeinden einen Teil dieser Überschüsse, etwa ein Viertel!

3. Ein weiteres Anwachsen der Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen soll dadurch verhindert werden, daß vom 28. November bis zum 31. März keine Arbeitslosen mehr aus der Krisenfürsorge in die Wohlfahrt abgestoßen werden. Auch diese Maßnahme erweist sich bei näherer Betrachtung wenigstens zum Teil als eine Scheinhilfe. Erstens müssen die Gemeinden zur Krisenunterstützung bekanntlich ein Fünftel beitragen. Zweitens kann durch diese Maßnahme das Anwachsen der Zahl der Wohlfahrtsempfänger doch nicht völlig abgestoppt werden; denn bei den Wohlfahrtsämtern melden sich ja nicht nur die von der Krisenunterstützung ausgesteuerten Arbeitslosen, sondern auch Jugendliche, die noch nie oder nur kurz gearbeitet haben, ehemalige selbständige Gewerbetreibende, Straßenhändler u. s. w.

Die Behauptung der Regierung, die Gemeinden erhielten nun die Möglichkeit einer sicheren Berechnung ihrer Lasten in den nächsten vier Monaten, stimmt also so wenig wie viele andere Behauptungen dieser Regierung.

Wir sehen: Auch der Verkehr zwischen Reich und Gemeinden spielt sich bei der autoritären Staatsführung unter reichlich demagogischen Formen ab. Wenn das Reich Geschenke ankündigt, so werden die anscheinend Beschenkten — abgesehen natürlich von den Großagrariern — stets gut tun, vor der Aeußerung irgend eines Zeichens der Freude oder Befriedigung genau nachzuprüfen, ob sie Beschenkte oder Betrogene sind. Rpt.

Frankfurt am Main als Beispiel.

In den Verhandlungen mit den Schatzanweisungs-Gläubigern der Stadt Frankfurt am Main setzte der Frankfurter Stadtkämmerer Dr. Lehmann am 8. November auseinander: Die Stadt Frankfurt sei nicht in der Lage, die 30 Millionen Mark seit dem 1. Oktober fälligen Schatzanweisungen zurück-zuzahlen; sie sei aber auch nicht in der Lage, auch nur einen Teilbetrag aus eigenen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Zur Begründung dieser Behauptung führte er aus:

Die gesamten Steuereinnahmen der Stadt sind von 1928 an um rund 30 Prozent von 70 Millionen auf 48 Millionen Mark gesunken, obwohl die Steuersätze in der Zwischenzeit mehrfach erhöht worden sind. Die Einnahmen aus den Reichs-überweisungssteuern sind um 73 Prozent von 24 auf 6,4 Millionen Mark gesunken. Gehälter und Löhne sind um 33 Prozent herabgedrückt worden. Der Zuschußbedarf des Fürsorgeamtes ist aber um 70 Prozent von 23,7 auf 39,9 Millionen Mark gestiegen.

Seit der Begebung der Anleihe (Anfang Oktober 1929) hat die Stadt Frankfurt an Ueberweisungssteuern 28,5 Millionen Mark jährlich eingebüßt, während der Zuschußbedarf beim Fürsorgeamt um 28,4 Millionen Mark jährlich gestiegen ist. Noch 1928 konnten die Ueberweisungssteuern den Zuschuß an das Fürsorgeamt decken; im laufenden Haushalts-jahr decken sie noch nicht ein Sechstel des Bedarfs. H. H.

Der Präsident des Städtetages warnt und fordert.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, hat an den Reichskanzler kürzlich ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß zahlreiche Gemeinden vor dem offenen finanziellen Zusammenbruch ständen. Die Wirkungen dieser Katastrophe müßten die erhofften belebenden Wirkungen des Aufbauprogramms für die Wirtschaft völlig zerstören. Dr. Mulert betont, daß es notwendig sei,

die Arbeitslosenhilfe vom Gemeindehaushalt finanziell loszulösen,

in gleicher Weise, wie seinerzeit die Arbeitslosenversicherung vom Reichshaushalt abgetrennt worden sei. Er schlägt vor, aus den Ersparnissen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die ungedeckten Mehrausgaben in der Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge zu finanzieren und die

Reichshilfe um den Betrag von rund 200 Millionen Mark sofort zu erhöhen.

Die Gemeinden müßten in die Kampffront gegen die Arbeitslosigkeit eingegliedert werden. Die Maßnahmen für die private Wirtschaft müßten unbedingt durch ein

kommunales Arbeitsbeschaffungsprogramm

ergänzt werden. Die Schwierigkeiten im kommunalen Zins- und Tilgungsdienst ließen erkennen, daß es auf die Dauer unmöglich sei, die Beträge in der bisherigen Höhe aufzubringen. Es sei daher dringend geboten, gangbare Wege zu einer

Verminderung der Zinsverpflichtungen

zu finden. Die Frage der kommunalen Umschuldung müsse beschleunigt gelöst werden. Die enge Verknüpfung der Gemeinden mit dem Reich mache es ganz unerlässlich, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Reichsreform auch die Interessen der Gemeinden entsprechend gewahrt würden.

Die Gemeinden müßten in eine nähere staatsrechtliche Beziehung zum Reich treten.

Der neue Verteilungsschlüssel für die Reichshilfe beseitige zwar Beanstandungen von zahlreichen Gemeinden. Die

Maßnahmen der Reichsregierung bedeuteten aber nur eine teilweise Hilfe und reichten nicht aus, den finanziellen Notstand der Gemeinden zu beheben.

Die Gefahr, die dem Wirtschaftsaufbau und den gesamten öffentlichen Finanzen von der Seite der Gemeinden her drohe, sei keineswegs beseitigt. Die Reichsregierung müsse daher ungesäumt daran gehen, die noch offenen Entscheidungen zu treffen.

Papens großes Vorbild.

Steuergutscheine von 1813.

In der „Fernerweisen Verordnung wegen der Tresorscheine vom 5. März 1813“ („Preußische Gesetzsammlung“, 1813, Seite 23) heißt es:

§ 3: Diese Tresor- und Thalerscheine sind als Steueranweisungen zu betrachten, welche durch die in den §§ 11, 12, 13, 14 und 15 der Verordnung vom 19. Januar d. J. aufs neue ausgeschriebene Vermögens- und Einkommenssteuer realisiert und so, wie sie eingegangen sind, vernichtet werden sollen.

§ 4: Ihre Realisation ist um so gewisser auf die vorgedachte Weise zu erwarten, als ... das erste Prozent der Vermögenssteuer ... nach den geringsten Berechnungen 6 Millionen Thaler einbringen muß. ...

(Nach Rittershausen: „Das andere System“, Seite 46.)

Geringe Besserung am Arbeitsmarkt?

Die bekanntlich mit vielen Mängeln behaftete amtliche Statistik zeigt folgende Entwicklung am Arbeitsmarkt an:

Ende September 5 103 000
Mitte Oktober 5 150 000
Ende Oktober 5 109 000

Schlüsse aus dieser Statistik zu ziehen, die nur die bei den Arbeitsämtern gemeldeten Erwerbslosen umfaßt, ist nahezu unmöglich. Immerhin erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Arbeitslosigkeit insgesamt während des Oktober nicht so stark gestiegen ist, wie saisonmäßig zu erwarten gewesen wäre.

In der amtlichen Ziffer sind eingeschlossen rund 250 000 Arbeitsdienstwillige (etwa 40 000 mehr als Ende September).

Ende Oktober wurden von der Arbeitslosenversicherung 582 000, von der Krisenfürsorge 1 139 000, von der Wohlfahrt 2 141 000 Erwerbslose unterstützt. — Nach der amtlichen Statistik sind also 1 237 000 Erwerbslose ohne öffentliche Unterstützung. Dazu kommen ein bis zwei Millionen, die von der amtlichen Statistik gar nicht erfaßt werden!

H. H.

Die Reichsaufträge und die deutschen Länder.

Material zur Frage der Konzentration in der Industrie.

Stadtoberbaurat H. Rauch führt seit 1930 einen Kampf gegen die ungleichmäßige Verteilung der Reichsaufträge auf die deutschen Länder. Bisher verwandte er nur Statistiken über Teile von Haushaltsjahren, weil ein anderes Material ihm nicht zur Verfügung stand. Da antwortete man ihm: Seine Unterlagen seien nicht beweiskräftig; die Aufträge verteilen sich nicht gleichmäßig auf das ganze Jahr.

Rauch läßt nicht locker und wiederholt jetzt (zum Beispiel in den „Münchener Neuesten Nachrichten“) seine Angriffe, nachdem ihm nunmehr folgende Statistiken zur Verfügung stehen:

1. Eine Statistik über das erste Halbjahr 1929;
2. die von der Reichsregierung im Oktober 1930 herausgegebene Statistik über $\frac{1}{4}$ Jahr, für die Zeit vom 1. Juli 1929 bis 31. März 1930;
3. die von der Reichsregierung im Februar 1932 an die Länderregierungen gegebene Statistik über ein volles Etatjahr, über die Zeit vom 1. April 1930 bis 31. März 1931.

Das Ergebnis seiner Untersuchungen faßt Rauch in folgender Tabelle zusammen:

Übersicht über die Verteilung der Reichsaufträge auf die einzelnen Länder.

Länder	Prozentmäßiger Anteil an den Reichsaufträgen			Anteil an der Zahl der in Industrie und Handwerk Beschäftigten
	I. Halbjahr 1929	1. 7. 29 bis 31. 3. 30	1. 4. 30 bis 31. 3. 31	
Bayern	5,8	6,1	6,2	10,1
Sachsen	4,5	4,7	4,8	12,4
Württemberg	2,3	1,2	2,2	4,5
Baden	3,1	2,7	2,9	3,7
Thüringen	0,9	1,4	1,2	3,2
Hessen	1,7	1,4	1,7	2,1
Hamburg	1,8	1,6	1,1	1,5
Bremen	0,5	0,3	0,2	0,5
8 kleine Länder	2,2	2,0	2,0	3,2

außerpreußische Länder zusammen 22,8 21,4 22,3 41,2
Preußen 77,2 78,6 77,7 58,8
davon Provinzen Brandenburg und Rheinland 51,0 53,7 50,9 25,2
Brandenburg (wohl einschließlich Berlin) und Rheinland erhalten zusammen mehr Reichsaufträge als das übrige Preußen und die 16 anderen Länder zusammengenommen.

Rauch schreibt dazu:

ENGLAND

Bevölkerung in Lancashire nimmt ab! In der Zeit von 1921 bis 1931 hat Lancashire, das Haupttextilgebiet Englands mit den großen Städten Manchester und Liverpool, 122 000 Personen durch Abwanderung verloren. In Lancashire wohnen immer noch rund 5 040 000 Personen, also mehr als in ganz Schottland und etwa ein Achtel der Bevölkerung von England und Wales.

Englisches Volkseinkommen nimmt ab. Colin Clark veröffentlicht eine Untersuchung über das englische Volkseinkommen, in der er feststellt: Das Volkseinkommen stieg von 1924 bis 1929 von 3,6 Milliarden Pfund Sterling auf 4 Milliarden Pfund Sterling; es fiel dann bis 1931 auf 3,5 Milliarden Pfund Sterling.

POLEN

Französische Kapitalinvestierung. Nach einer amtlichen Veröffentlichung der polnischen Regierung waren Ende 1930 insgesamt 1 549 Millionen Zloty französischen Kapitals in Polen angelegt (100 Zloty = 47,15 Mark). Davon entfallen 373 Millionen auf staatliche Anleihen, 506 Millionen auf Investitionen in polnischen Industrieunternehmen, 276 Millionen auf polnische Niederlassungen französischer Firmen.

„Das Reichswirtschaftsministerium, insbesondere der frühere Staatssekretär Trendelenburg, haben sich immer auf den Standpunkt gestellt, daß die ungleichmäßige Verteilung der Reichsaufträge standortmäßig bedingt sei, die wichtigsten Industrien, insbesondere jene, die in der Hauptsache den Reichsbedarf decken, lägen eben in Preußen. Ich habe diesen Standpunkt, daß Preußen der Liebling Gottes sei, und daß es deswegen von Rechts wegen den Löwenanteil erhalte, immer bekämpft und werde ihn immer wieder bekämpfen. Es gibt auch Industrien, deren Standorte überwiegend außerhalb Preußens, in den anderen deutschen Ländern liegen, ohne daß hier die Reichsbehörden, wie es bei einigem Willen zur Gerechtigkeit der Fall sein müßte, darauf die gleiche Rücksicht nehmen würden, wie auf die überwiegend im preußischen Wirtschaftsgebiet liegenden Standorte.“

Es geht wirklich nicht an, daß Preußen an den steuerlichen Lasten des Reiches, aus denen die Reichsaufträge bezahlt werden, mit 60 Prozent, an den Reichsaufträgen aber mit 78 Prozent beteiligt wird, die übrigen Länder aber an den Steuern mit 40 Prozent und an den Reichsaufträgen mit 22 Prozent. Hier muß, soweit es nur irgendmöglich ist, auf wirtschaftlichem Gebiet — durch gerechte regionale Verteilung der Reichsaufträge — oder, soweit sich das nicht restlos erfüllen läßt, ergänzend auf steuerlichem Gebiete ein Ausgleich geschaffen werden. Ich nehme auch auf Grund der neuerlichen Statistik über ein volles Jahr von meiner Behauptung kein Wort zurück, daß

dank der einseitigen Verteilung der Reichsaufträge Preußen seit Kriegsende rund 6 bis 7 Milliarden zu viel, die anderen Länder den gleichen Betrag zu wenig erhalten haben.“

Lassen wir die Frage beiseite, ob das Reich nun dem Freistaat Bayern oder dem Freistaat Schaumburg-Lippe bitteres Unrecht zugefügt hat, sicher ist, daß die Verteilung von Reichsaufträgen nicht nur von der Verteilung der Industrie in den einzelnen Reichsteilen abhängt, sondern daß umgekehrt durch die Verteilung von Reichsaufträgen die Verteilung von Industriebetrieben im Reich beeinflusst wird. Im vorliegenden Fall ist die räumliche Zusammenballung der Industrie — eine wichtige Grundlage der Monopolbildung — durch die Reichsbehörden, sei es bewußt, sei es unbewußt, stark gefördert worden. Sage also niemand, die heutige Zusammenballung der Industrie an wenigen Zentren habe sich „aus rein ökonomischen Gründen“, „naturnotwendig“ vollzogen!

DEUTSCHLAND

Jo-Jo belebt die Konjunktur in der Oberpfalz. Die für England und Holland bestimmten Jo-Jos wurden in Riesenmengen in Furth im Walde hergestellt. Eine einzige Fabrik dort hat allein im September über eine halbe Million Jo-Jo-Holzschrauben nach Nürnberg geliefert. Die um Nürnberg herum liegende Hausindustrie hat die Jo-Jos weiterverarbeitet, lackiert und versandfertig gemacht. Ganz Furth richtete sich auf eine neue, längst ersehnte Konjunktur in der Drechsler- und Holzwarenbranche ein. Auf einen Schlag war Schluß, vermutlich, weil der gesamte Produktionsprozeß jetzt in der Nürnberger Gegend von staten geht.

Steigende Reichsbahneinnahmen. Im August und September erreichte die Deutsche Reichsbahn auf der Einnahmenseite einen Tagesdurchschnitt von rund 10,5 Millionen Mark. Im Oktober stieg die Durchschnittszahl auf rund 11 Millionen Mark. Das ist ein Zeichen einer leichten Besserung, da in den Vorjahren der Oktober gegenüber dem September stets einen geringen Rückgang aufwies. — Der Abstand von den Zeiten der guten Konjunktur ist allerdings riesengroß: Im September 1929 betrug der Tagesdurchschnitt 19,9, im Oktober 19,2 Millionen Mark.